

NACHRICHTEN

TARIFRUNDE 2007
Im Schnitt 3,7 Prozent

In der deutschen Wirtschaft steigen die Tariflöhne und -gehälter einer Studie zufolge so stark wie lange nicht mehr, teilte das WSI-Tarifarchiv der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf mit. Die in den ersten sechs Monaten abgeschlossenen Tarifverträge brächten den Beschäftigten 2007 Einkommenserhöhungen von durchschnittlich 3,7 Prozent. Rechnet man die Laufzeiten der Tarifabschlüsse auf das Jahr um und berücksichtigt auch Abschlüsse, die bereits in den Vorjahren vereinbart wurden, dann ergebe sich bis Ende Juni eine Tarifsteigerung für 2007 von 2,3 Prozent. Gemessen an der jährlichen Inflationsrate von 1,9 Prozent im April und Mai seien aber 2,3 Prozent eine moderate Reallohnsteigerung, sagte der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Reinhard Bispinck. (dpa)

EURO
Neues Allzeithoch

Der Euro hat gegenüber dem Dollar ein neues Allzeithoch erreicht. Für die europäische Gemeinschaftswährung wurden gestern an den Devisenmärkten zeitweise 1,3717 Dollar gezahlt und damit so viel wie noch nie. Damit übertraf der Euro seinen bisherigen Höchststand von 1,3682 Dollar vom 27. April deutlich. Auch der offizielle Schlusskurs der Europäischen Zentralbank (EZB) wurde mit 1,3666 so hoch notiert wie niemals bisher seit Einführung des Euro. Dadurch bringt eine Anlage in Euro mehr Rendite als in Dollar, was den Kurs der europäischen Währung nach oben treibt. (AFP)

WÄHRUNGSUNION
Malta und Zypern dabei

Die EU-Finanzminister haben die Einführung des Euro in Malta und Zypern zum kommenden Jahreswechsel endgültig gebilligt. Sie verabschiedeten in Brüssel die nötigen Rechtsakte. Die Minister legten auch die endgültigen Wechselkurse gegenüber dem Euro fest. 0,585274 zypriische Pfund entsprechen demnach einem Euro, für die maltesische Lira beträgt der Kurs 0,4293. (dpa)

LUFTHANSA
27 Millionen Fluggäste

Die Deutsche Lufthansa steuert auf ein weiteres Rekordjahr zu. In den ersten sechs Monaten 2007 wurden fast 27 Millionen Fluggäste gezählt. Das waren 5,9 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2006, wie das Unternehmen in Frankfurt mitteilte. Damit ist die größte deutsche Fluggesellschaft auf gutem Weg, dieses Jahr einen Rekordwert zu erzielen. Schon vergangenes Jahr hatte die Lufthansa zum vierten Mal in Folge ein Passagierplus verzeichnet und einen Spitzenwert von 53,4 Millionen Fluggästen gezählt. (dpa)

ABACHO AG
Holtzbrinck stockt auf

Die Holtzbrinck-Gruppe (Stuttgart) will ihre Expansion im Internet mit der Übernahme der Abacho AG fortsetzen. Die Holtzbrinck Networks GmbH werde allen Aktionären ein Angebot von 4,20 Euro je Aktie machen, mindestens aber den Durchschnittskurs der letzten drei Monate zahlen, teilte die Abacho AG in Neuss mit. Damit hat die Übernahme ein Volumen von rund 56 Millionen Euro. Wie Holtzbrinck Networks mitteilte, würde sich die Beteiligung an Abacho von 3 auf 30 Prozent des Grundkapitals erhöhen. Abacho mit einem Konzernumsatz von zuletzt 4,4 Millionen Euro betreibt die Internet-Suchmaschine Abacho.de und die Auktionsplattform zur Versteigerung von Handwerksaufträgen und Dienstleistungen My-Hammer.de. (dpa)

ALCOA/ALCAN
Offerte verlängert

Der größte amerikanische Aluminiumkonzern Alcoa hat seine Übernahmeofferte für den kanadischen Aluminiumkonzern Alcan von rund 27,9 Milliarden Dollar bis 10. August verlängert. Das Angebot, das Alcan abgelehnt hatte, sollte ursprünglich am 10. Juli auslaufen. (dpa)

Arbeitsniederlegung der Lokführer vorzeitig beendet – Zugverkehr erheblich behindert

Gericht stoppt Bahnstreiks

Nach der zweiten Warnstreikwelle der Lokführer mit bundesweiten Zugausfällen und Verspätungen heizt sich der Tarifstreit bei der Bahn weiter auf. Der bundeseigene Konzern ließ Arbeitsniederlegungen gerichtlich verbieten und will gegen die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Schadenersatzforderungen prüfen.

Frankfurt/Berlin (dpa) Bahnchef Hartmut Mehdorn kündigte an, der GDL bei einem Spitzentreffen an diesem Freitag ein deutliches Einkommensplus von 4,5 Prozent anzubieten. Darauf hatte sich die Bahn bereits mit den anderen beiden Gewerkschaften geeinigt. Die GDL beharrte dagegen auf der Forderung nach einem separaten Tarifvertrag und will gegen die Warnstreikverbote rechtlich vorgehen.

Mehdorn lehnte einen gesonderten Tarifvertrag für Lokführer und Zugbegleiter erneut kategorisch ab. „Es kann nicht sein, dass einzelne Minderheiten durch Armverdrehsmaßnahmen sich Vorteile gegenüber den anderen verschaffen.“ Er warb für eine Übernahme des am vergangenen Montag mit Transnet und GDBA vereinbarten Abschlusses für 134 000 Bahn-Beschäftigte. Dies sei ein „Spitzen-Angebot“, das zudem eines der höchsten in der Geschichte der Bahn sei. „Es gibt nichts anderes.“ Der GDL-Vorsitzende Manfred Schell sagte dagegen, der zweite Warnstreik binnen sieben Tagen habe sein Ziel erreicht: „Wir haben damit das Zeichen gesetzt, dass unsere Mitglieder wie eine Eins hinter unseren Forderungen stehen.“ Die GDL will Einkommenserhöhungen von 20 bis 30 Prozent durchsetzen.

Die gut zweistündigen Warnstreiks am Dienstagvormittag hatten den Bahnverkehr in ganz Deutschland massiv behindert, ähnlich wie bei einer ersten Aktion eine Woche zuvor. Nach Angaben der Bahn waren nun mehr als 140 Züge blockiert, etliche weitere waren indirekt betroffen. Reisende mussten erhebliche Wartezeiten in Kauf nehmen. Pendler, die sonst mit der S-Bahn fahren, kamen zu spät zur Arbeit.

Um 10.15 Uhr erklärte die GDL die eigentlich bis 11 Uhr geplante Aktion vorzeitig für beendet. Zuvor hatte das Arbeitsgericht Mainz auf Antrag der Bahn die Arbeitsniederlegungen per einstweiliger Verfügung verboten. Die GDL bestritt aber nach Prüfung der Gründe, gegen eine Friedenspflicht verstoßen zu haben. Daher werde sie nun „alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Mittel“ gegen die Verfügungen ausschöpfen.

Mehdorn sagte, das Unternehmen werde alles dafür tun, weitere Störungen für die Fahrgäste zu vermeiden. Nach dem Gerichtsbeschluss sollte



Mit seiner Lok beteiligt sich dieser Zugführer im Hauptbahnhof von Frankfurt am Main an einem Warnstreik der Lokführer.

„Lokführer mit Leib und Seele“

Gewerkschaftschef Schell



Manfred Schell

Manfred Schell kämpft bereits seit Jahren für einen eigenen Tarifvertrag für Lokführer und Zugbegleiter. Der Chef der traditionsreichen Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) ist gelernter Lokführer. Deshalb weiß der 64-Jährige gut, wovon er redet, wenn er für mehr Geld für seine Klientel kämpft.

Bei seiner Forderung nach einem Spartentarifvertrag lässt Schell auch gerne mal die Muskeln spielen, wie die Warnstreiks nun zeigen. Dabei hat der passionierte Pfeifenraucher nicht nur die Deutsche Bahn AG als Gegner, sondern muss sich auch gegen die konkurrierenden Gewerkschaften Transnet und GDBA durchsetzen.

Während die beiden anderen Gewerkschaften als Tarifgemeinschaft zusammen auftreten, steht die schon 1865 gegründete GDL alleine da. Das große Faustpfand von Schell: Auch die Lokführer allein können mit Arbeitskämpfen den Bahnverkehr zum Erliegen bringen. Damit sind sie in einer ähnlichen Position wie die Piloten oder Fluglotsen, die ebenfalls eigene Gewerkschaften und Tarifverträge durchgesetzt haben.

Doch einen Vergleich mit den Piloten lässt Schell nicht gelten. Schließlich bekomme ein Lokführer nur rund 1500 Euro netto im Monat. „Das ist völlig unangemessen für die verantwortungsvolle Arbeit des Fahrpersonals“, sagt Schell. Und den anderen Bahngewerkschaften spricht er das Recht ab, auch für die 34 000 Mitglieder der GDL Tarifverträge abzuschließen zu können.

Nach einer Lehre als Maschinenschlosser Ende der 50er Jahre und der Tätigkeit als Schlosser und Heizer bei der Bahn wurde der gebürtige Aacheener schon bald „mit Leib und Seele“ Lokführer. 1970 trat er in die GDL ein, wo er eine hauptamtliche Laufbahn begann.

1974 übernahm er die Leitung der Hauptgeschäftsstelle Frankfurt, 1989 wurde er zum Bundesvorsitzenden gewählt. Auch in der Politik war das CDU-Mitglied Schell aktiv. Von 1993 bis 1994 saß er im Bundestag. Für den GDL-Chef, der im Mai 2008 abtreten wird, ist die Auseinandersetzung mit der Bahn wohl sein letzter großer Kampf. (dpa)



nun genug Zeit für Verhandlungen sein, um zu einer Lösung zu kommen. Wenn die GDL ernsthaft eine Einigung wolle, sei dies auch möglich. Es solle nicht dazu kommen, dass „eine kleine Berufsgruppe ganz Deutschland terrorisiert“. Den Schaden, der beim Warnstreik durch Zugausfälle, Verspätungen und Ersatzpersonal entstanden ist, konnte Mehdorn vorerst nicht beziffern.

Zu Beginn des Warnstreiks hatte es Streit gegeben, ob und wann die einstweiligen Verfügungen des Arbeitsgerichts gültig waren. Da der Beschluss erst nach Beginn der Aktionen erging, war der Bahnverkehr vielerorts bereits lahmgelegt. In Nordrhein-Westfalen wurde der Warnstreik laut GDL schon um 8.30 abgebrochen, nachdem eine vorherige Verfügung des Arbeitsgerichts Düsseldorf eingegangen war. Bundesweit wurden die Aktionen später beendet. Die GDL kritisierte, dass die Bahn Druck auf streikende Beschäftigte ausgeübt habe.

Deutschlands Elite verdient am Ausverkauf

Unternehmer und Politiker verdienen sich bei Finanzinvestoren – Ihr Motto: Zerstören und kräftig daran verdienen

Die vom Deutschen Bundestag veröffentlichte Liste der Nebentätigkeiten unserer Abgeordneten enthält manchen Schlüssel zur Erklärung politischer Entscheidungen. Wir erfahren zum Beispiel, dass der SPD-Abgeordnete Walter Riestler 22 Mal mindestens 7000 Euro Honorare für Vorträge etc. erhalten hat. Einschließlich einiger geringer dotierter Nebentätigkeiten macht das mindestens 181 500 Euro.

Im konkreten Fall ist das von den Banken, Versicherungen und anderen Akteuren der Finanzwirtschaft bezahlte Honorar der Lohn für die Einführung der privaten Riestler-Rente. Sie wird dank des Sozialministers a.D. Walter Riestler von uns Steuerzahlern kräftig subventioniert. Das fürstliche Honorar ist damit zugleich der Lohn für die finale Zerstörung des Vertrauens in die gesetzliche Rente. Ich nenne das einen Judas-Lohn. Denn hier wird eine wichtige gesellschaftliche Einrichtung verraten und zerstört, weil einzelne Personen und eine ganze Branche am Zerstörungsvorgang verdienen.

So etwas sei typisch für Sozialdemokraten und Gewerkschafter, meinte einer meiner Gesprächspartner aus dem bürgerlichen Lager. Vorsicht, kann ich da nur sagen. Denn die bürgerliche Welt ist mindestens so marode wie jene des Walter Riestler. Rei-



Albrecht Müller war unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt Leiter der Planungsabteilung des Bundeskanzleramtes. Der Volkswirt arbeitet heute als freier Autor.

henweise betätigen sich nämlich als ehrenwert geltende ehemalige Politiker und Manager beim Fleddern privater und öffentlicher Unternehmen. Sie helfen und kassieren beim Ausverkauf der Deutschland AG und öffentlicher Einrichtungen an meist ausländische „Investoren“.

Die Liste ist stattlich, und sie wächst ständig: Theo Waigel (CSU), Bundesfinanzminister a.D., arbeitet wie auch Ludolf von Wartenberg, früher einmal Hauptgeschäftsführer des BDI und CDU-MdB, für die Texas Pacific Group; der vor kurzem als Telekom-Chef abgelöste Kai-Uwe Ricke

für die schwedische Gesellschaft EQT, für die gleiche Gesellschaft agiert als Vorsitzender des Aufsichtsrats von Tognum (Friedrichshafen), früherer MTU, der ehemalige Daimler-Chrysler-Manager Rolf Eckrodt; Ricketts Vorgesänger Ron Sommer berät Blackstone (USA), heute als namhafter Aktionär einflussreich bei der Deutschen Telekom; die ehemaligen Verteidigungsminister Volker Rühle (CDU) und Rudolf Scharping (SPD) arbeiten für Cerberus aus New York, desgleichen der ehemalige Manager von Daimler-Chrysler und VW, Wolfgang Bernhard; als Deutschland-Chef des prominenten Teams agiert der ehemalige Allianz-Vorstand Reiner Hagemann; Klaus Luft, früherer Nixdorf, ist in Diensten von Goldman Sachs, desgleichen der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank Otmav Issing; Jürgen Schrempf und Kanzleramtsminister a.D. Hans Martin Bury für Lehmann Brothers, Friedrich Merz als Anwalt für den Hedge-Fonds TCI, der frühere Finanzvorstand von Siemens, Hans-Joachim Neubürger, für KKR (USA), Otto Graf Lambsdorff für die Eignerin des privatisierten Bundesunternehmens Tank und Rast, für Terra Firma aus London.

Warum drängt es so viele ehemalige Politiker und Wirtschaftsleute in Beratungs- und Vermittlungsjobs auf diesem besonderen Kapitalmarkt?

Was tun sie da eigentlich? Vorweg sei angemerkt, dass nichts dagegen einzuwenden ist, im Gegenteil, wenn erfahrene Politiker und Manager ihre Erfahrung bei anderen Unternehmen einbringen. Aber sie engagieren sich ja nicht bei Unternehmen, die ein Produkt oder eine Dienstleistung herstellen und Werte schaffen. Sie sind nicht in Diensten von „Wertschöpfungsunternehmen“. So würde ich jene nennen, die Arbeitskraft und Kapital kombinieren und Produkte herstellen, die auf dem deutschen und auf dem Weltmarkt bestehen. Die aufgelisteten Persönlichkeiten sind allesamt für Firmen tätig, die mit Vermögenswerten und teilweise mit geschäftlichen Vermögenswerten handeln und spekulieren.

Die genannten Persönlichkeiten drängt es in diesen Markt, weil dort riesige Renditen erzielt werden und deshalb auch riesige Honorare und Provisionen anfallen. Was leisten sie dafür? Wofür werden sie von ausländischen Fonds angeheuert?

Sie werden erstens gebraucht, um in Deutschland Unternehmen auszumachen und zu kontaktieren, bei denen sich eine Übernahme und Ausschachtung lohnt. Sie besorgen sozusagen weiteres Futter für die „Heuschrecken.“ Zweitens sorgen sie im politischen Milieu dafür, dass das Fleddern ungestört weitergehen



1 Was haben die Gerichte entschieden?

Das Arbeitsgericht Mainz hat auf Antrag der Deutschen Bahn die Warnstreiks der Lokführer am Dienstagmorgen bundesweit untersagt. Für dieses Streikverbot gibt es keine zeitlichen Einschränkungen, weshalb die Gewerkschaft diesem Beschluss zufolge auch in den kommenden Tagen nicht streiken darf. Das Arbeitsgericht Düsseldorf verbot Warnstreiks im Regionalverkehr von Nordrhein-Westfalen. Dieses Verbot gilt anders als in Mainz nur bis Freitag, wenn Bahn und Gewerkschaft erneut verhandeln.

2 Warum haben die Gerichte in Mainz und Düsseldorf entschieden?

Das Arbeitsgericht Mainz ist nach eigenen Angaben zuständig, weil die Stadt von den Arbeitsniederlegungen betroffen ist. Damit hätte die Bahn ihren Antrag theoretisch auch an anderen Arbeitsgerichten stellen können. Den Antrag in Düsseldorf stellte die Bahn-Regionalgesellschaft DB Regio NRW. Daher bezieht sich die Entscheidung nur auf Nordrhein-Westfalen.

3 Wie begründen die Gerichte ihre Entscheidungen?

Die Richter sahen einen Verstoß gegen die Friedenspflicht, da von den Forderungen der GDL auch ungekündigte Tarifverträge betroffen sind. Die Friedenspflicht verbietet Streiks während der Gültigkeit eines Tarifvertrags.

4 Wie könnte die juristische Auseinandersetzung weitergehen?

Die GDL hat die Möglichkeit, gegen beide Entscheidungen vorzugehen. Bei der bundesweit relevanten Mainzer Entscheidung müsste sie dazu zunächst Widerspruch einlegen, da der Beschluss ohne mündliche Verhandlung gefallen ist. Darüber müsste erneut das Arbeitsgericht nach einer mündlichen Verhandlung entscheiden. Danach steht der GDL der Weg vor das Landesarbeitsgericht offen.

5 Wie begründet die Deutsche Bahn mögliche Schadenersatzansprüche?

Die Bahn prüft Klagen, weil es trotz der Entscheidungen zu Warnstreiks kam. Im Fall des Arbeitsgerichts Mainz musste der GDL der offizielle Beschluss aber erst zugestellt werden, da kein Vertreter vor Ort war. Die Gewerkschaft beendete den Warnstreik dann nach eigenen Angaben schon vor Eingang dieses Beschlusses vorzeitig. Die Bahn argumentiert, die GDL habe aus Medien so früh vom Urteil erfahren, dass sie die Streiks noch früher hätte beenden können. (AFP)

kann, ungestört vor allem von neuen Regeln und von den üblichen Steuern.

Die für die Heuschrecken tätige Lobby hat bisher ganze Arbeit geleistet: Alle bisherigen Ansätze zu einer stärkeren Regulierung der Branche sind stecken geblieben; die Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen sind steuerfrei gestellt worden; anders als jeder Handwerker zahlen die Firmen der Private-Equity-Branche für ihre Beratungsleistungen keine Mehrwertsteuer; die Absicht, dies jetzt zu ändern, wird unter dem Druck der Lobby gerade fallen gelassen, etc.

Diese Privilegien würden Sinn machen, wenn diese Branche volkswirtschaftlich besonders nützlich wäre. Bei einzelnen Übernahmen von schlecht geführten Unternehmen mag dies der Fall sein. In der Summe kann davon jedoch keine Rede sein. Mit dieser Sorte von Finanzinvestoren zieht nämlich ein „kurzfristiges, rein gewinnorientiertes Denken“ in die deutsche Wirtschaft ein. So formuliert es die Ratingagentur Moody's in einer gerade erschienenen Analyse. Hinzu kommt, dass diese Branche mit ihren hohen Renditen die Wertmaßstäbe verschiebt und die Arbeit derjenigen Unternehmen entwertet, die wirkliche Werte schaffen, aber eben nicht solche Renditen erzielen.